

Redebeitrag  
Plenum, 21.03.2016  
Dok. 77 – Resolutionsvorschlag Seniorengenossenschaften  
-Michael Balter-

*-Es gilt das gesprochene Wort-*

Meine Damen und Herren,

wir haben es hier wieder einmal mit einem Novum zu tun –  
Es ist das zweite Mal, dass ein Resolutionsvorschlag der Vivant Fraktion die Hürde des Ausschusses schafft und ins Plenum kommt.

Diesmal gibt es jedoch einen entscheidenden Unterschied.

Bei der letzten Resolution zum Thema Straßenbau in der Wallonischen Region, haben die Mehrheitskollegen sich nicht halten können, und hatten unseren sachlichen Vorschlag für ihre eigene Zwecke zum Machtausbau missbraucht.

Diesmal jedoch war man vernünftiger.

Man hat sich mit unserem Vorschlag beschäftigt.  
Es gab dann einen Abänderungsvorschlag der Mehrheitsparteien, und wir haben uns einer Abänderung und Ergänzung nicht verschlossen.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass die Ausschussberatungen zu diesem Thema, von einem sachlichen Unterton geprägt waren.

Und somit fand unser Vorschlag in einer leicht abgeänderten Form, die Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses – und somit den Weg hier zum Plenum.

So etwas gab es bis dato noch nie, also dass ein Vivant Vorschlag von allen angenommen wird.

Vernunft zieht ein in dieses Haus – wäre man geneigt zu sagen, aber schon bei der nächsten heute auf der Tagesordnung stehenden Abstimmung, bezüglich der Atomkraftwerke, wird diese Vernunft dem politischen Kalkül der Mehrheitskollegen weichen.

Schade – aber so funktioniert sie halt die klassische Politik.

Kommen wir zum Inhalt und den Hintergrund dieser Resolution.

Es geht um einen Vorschlag an die Regierung der DG, im Hinblick auf die Verbesserung der Altersvorsorge und zur zusätzlichen Sicherung der Pflege älterer Menschen, durch Seniorengenossenschaften.

Meine Damen und Herren,

Durch den demographischen Wandel wird sich die Zahl der älteren Menschen in der DG in den kommenden Jahren erhöhen.

Viele Senioren sind noch rüstig bis ins hohe Alter und möchten deshalb noch lange selbstbestimmt und in vertrauter Umgebung leben.

Auch wenn sie irgendwann hilfsbedürftig werden. In diesem Fall kann man auf die verschiedenen Dienstleistungsanbieter in der DG zurückgreifen.

Es muss aber damit gerechnet werden, dass die bisherigen Systeme nicht mehr ausreichen, um die Lebensbedingungen der älteren Bürger zu gewährleisten und auch, dass nicht alle finanziell tragbar sind.

Um dies zu vermeiden, müssen andere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden; und hier greift unser Vorschlag.

Die Resolution zielt dahin, Seniorengenossenschaften zu gründen, in welchen sich Bürger zusammenschließen, die sich gegenseitig helfen indem sie verschiedene alltägliche Aufgaben erledigen.

Als Beispiel:

Ein rüstiger Rentner hilft seiner Nachbarin bei der Gartenarbeit, eine pensionierte Lehrerin hilft jungen Menschen bei den Hausaufgaben oder erledigt die Einkäufe für eine ältere Person.

Der Resolutionsvorschlag lässt es offen wie diese Stunde dann vergütet wird. Entweder man arbeitet mit reinen Zeitkonten, also für jede Stunde die sie arbeiten, erhalten sie eine Stunde auf einem Zeitkonto gutgeschrieben. Wenn sie dann, Jahre später selbst auf Hilfe angewiesen sind, können sie dann von diesem Stundenkonto profitieren und auf Hilfe von anderen Mitgliedern der Genossenschaft zurückgreifen.

Hierzu benutzt man den Begriff Zeitwährung.

Das bestechend Einfache daran: Eine Stunde ist eine Stunde ist eine Stunde – ein völlig inflationssicheres Geld also.

Oder man einigt sich auf eine finanzielle Vergütung kombiniert mit einem Zeitkonto.

Hier liegt auch der Unterschied zum üblichen Ehrenamt –  
Senioren-genossenschaften sind Hilfe zur Selbsthilfe.

Der vorliegende Resolutionsvorschlag dient als Idee, als Grundlage.  
Die Bürger selbst, sollten gemeinsam mit dem Seniorenbeauftragten in ihrer Gemeinde  
fertige Konzepte ausarbeiten, wenn sie Bedarf erkennen.

Die Regierung der DG ist gefordert die Seniorenbeauftragten  
damit zu betrauen, sich Sachkompetenz  
im Bereich der Seniorengenossenschaften anzueignen,  
Projektentwürfe zu prüfen, gemeinsam weiterzuentwickeln und den Bürgern beratend bei  
der Gründung zur Seite zu stehen.

Und dann die Entwicklung der auf Initiative der Bürger entstandenen  
Genossenschaften zu begleiten.

So steht es im eingereichten Vorschlag aller Fraktionen.

Und wie sie sicherlich gelesen haben, liegt dem Ausschussbericht bereits Hintergrundwissen  
bei.

Des Weiteren haben wir im Ausschuss Material verteilt und Infos ausgetauscht so dass die  
Regierung in erster Linie diese nur weiterzuleiten braucht.

Denn es gibt zahlreiche Konzepte in anderen deutschsprachigen Ländern welche man als  
Ideenfundgrube nutzen kann; auch wenn dort teilweise eine andere Ausgangssituation  
besteht.

Der Seniorenbeauftragte muss bedenken, dass jede Genossenschaft ein individuelles  
Konzept für die entsprechende Örtlichkeit verlangt damit sie erfolgreich ist.

Fertige Systeme einfach zu übernehmen wird langfristig nicht von Erfolg gekrönt sein.

Die Einführung von Seniorengenossenschaften in der DG können, komplementär zu den  
anderen Anbietern, viele Dienstleistungen für ältere Menschen garantieren, die nicht oder  
nicht genügend vorhanden sind.

Beispiele aus Deutschland oder Japan verdeutlichen, dass sie das bürgerschaftliche  
Engagement stärken und somit den Zusammenhalt der Generationen in einer Gesellschaft.

Positiv wirkt sich in solchen Systemen auch ein mitgliederbestimmtes und dadurch bedarfsorientiertes Leistungsprofil aus, wodurch sich die Initiativen von anderen Organisationen unterscheiden, da bei den Seniorengenossenschaften sowohl die Leistungserbringer, als auch die Leistungsnehmer mitbestimmen können.

Hier wird zum einem Hilfe für ältere Menschen organisiert und zum anderen das Potential älterer Menschen genutzt.

Und jedes Mitglied der Genossenschaft hat etwas mitzureden, und kann Ideen anregen oder Verbesserungsvorschläge mit einbringen.

Es wird nicht über die Köpfe hinweg, sondern die Köpfe der Mitglieder selbst entscheiden.

Zurzeit findet dieses Konzept in gleich mehreren deutschen Bundesländern Anklang.

In Sachsen und in Bayern beschäftigen sich die Landtagsparlamente mit diesen Systemen und im Bundesland Baden-Württemberg, funktionieren diese Systeme seit mehr als 10 Jahren, am erfolgreichsten in der Gemeinde Riedlingen.

Auch erwähnen sollte man, dass Seniorengenossenschaften nicht zuletzt, mehr als die zu häufig im Alter verabreichten Psychopharmaka, ein gutes Mittel gegen Vereinsamung und gegen Alters-Depression sind, da deren Mitglieder einsamen älteren Menschen Gesellschaft leisten können und stärkere soziale Bindungen generationsübergreifend erschaffen werden.

Denn in vielen Bereichen fehlt es an gesellschaftlichem Zusammenhalt, Vereinsamungserscheinungen, wie in städtischen Gebieten bekannt, treten auch mehr und mehr in unserem ländlichen Gebiet auf.

Meine Damen und Herren,

Ich erinnere mich noch gut an die Ausschusssitzung vor mehr als 6 Jahren als ich dieses Thema zum ersten Male angesprochen hatte.

Der damalige Sozialminister Mollers reagierte abweisend, auch war von den anderen Fraktionen keine Zustimmung erkennbar.

Einige Zeit später, resümierte ein Mitarbeiter des Ministers, im Rahmen einer Diskussion im Ausschuss zum demografischen Wandel, dies nüchterner, er hatte sich damit auseinandergesetzt.

Und meinte, dass Seniorengenossenschaften durchaus ein positives Modell für die Deutschsprachige Gemeinschaft sein könnten.

Und heute Jahre später, liegt ein Vorschlag zur Abstimmung auf dem Tisch, den alle Fraktionen eingereicht haben.

Wir werden weitere Vorschläge zum Thema Komplementärwährungen ins Parlament bringen und hoffen auch dann, dass sie nicht in die üblichen politischen Spielchen verfallen sondern dies sachlich dann mit uns diskutieren.

Meine Damen und Herren,

die Vivant Fraktion bedankt sich bei allen Beteiligten für die sachliche Diskussion im Ausschuss und für die Zustimmung zu diesem Vorschlag.

Jetzt liegt es an den Bürgern diese Chance zu nutzen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.